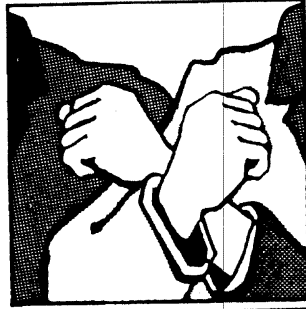


Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

Schafft Rote Hilfe für unsere Klassenbrüder in der DDR!



Rettet die vier türkischen Patrioten vor Folter und Mord!

Die Bourgeoisie will die türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun und Hatice Yourtas in die Folterkammern der Türkei abschieben.

Das müssen wir verhindern! Seite 8

An unsere Leser!

Von dieser Ausgabe an wird die „Rote Hilfe“ regelmäßig mit 8 Seiten im DIN-A-4-Format erscheinen. Der Preis wird auf 20 Pfg. gesenkt. Diesen Beschluß faßte die Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands nach gründlicher Diskussion über den Zweck und die Verbreitung unserer Zeitung.

Das Ziel der Roten Hilfe ist es, die praktische Solidarität der Werktätigen mit den politisch Verfolgten zu wecken und zu organisieren. Auf dieses Ziel muß die gesamte Propaganda unserer Organisation einschließlich der Zeitung „Rote Hilfe“ ausgerichtet sein. Die Zeitung soll ihrem Leser zeigen, wo Solidarität gebraucht wird, und wie er praktisch helfen kann. Sie soll unter den vielen, die mit ihren Spenden oder auf andere Weise ihren Beitrag zur Solidarität leisten, für die Mitgliedschaft in der RHD werben.



Bisher erreichte unsere Zeitung jedoch nur einen Bruchteil dieser Menschen. Viele lehnten es ab, zusätzlich zu ihrer Spende, die sie bereitwillig gaben, noch die Zeitung zu kaufen, weil sie zu schwer verständlich, zu umfangreich und zu teuer war. Ihr Anspruch, vollständig über die politische Unterdrückung zu berichten und die Lage auf diesem Gebiet tiefgehend zu analysieren, war falsch und konnte auch gar nicht erfüllt werden.

In Zukunft wird jede Ausgabe im wesentlichen ein Thema ausführlich behandeln. Aufrufe zur Solidarität in aktuell dringlichen Fällen, regelmäßige Berichte über die Lage der politischen Gefangenen und vom Kampf in den Gerichtssälen der bürgerlichen Klassenjustiz kommen hinzu. Der Prozeßkalender und die Adressen der gefangenen Genossen bekommen ihren festen Platz.

Darüber hinaus wird die „Rote Hilfe“ als Mitteilungsblatt für Mitglieder und Interessenten der RHD ausführlich über die Arbeit der Organisation im letzten Monat, die Verwendung der Spendengelder berichten.

Die Redaktion wird sich um leicht verständliche Texte und gute Illustration bemühen. Wir hoffen, daß sich mit der neuen Aufmachung und dem niedrigen Preis der Vertrieb unserer Zeitung und damit des Gedankens der Roten Hilfe wesentlich verbreitern wird.

Redaktion „Rote Hilfe“

Gegen die wütenden Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz...

Freiheit für Christian Heinrichs u. Sieghart Gummelt

Im Frühjahr 1975 entstand in Westberlin ein Kampf für eine Kinder-Poliklinik. Dabei wurden von der GRF (KPD) Flugblätter vor einer Polizeikaserne verteilt, in denen die Polizisten aufgefordert werden, das besetzte Bethanien-Krankenhaus nicht anzugreifen, egal, welche Befehle sie erhalten. Der presserechtlich Verantwortliche Christian Heinrichs und der Genosse Sieghart Gummelt, der das Flugblatt verteilte, stehen deshalb heute vor der Staatsschutzkammer in Westberlin. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie sich „absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD“ eingesetzt haben. Der Prozeß hat bereits begonnen. Weitere Prozeßtage: 2., 4., 5. und 9. März, Kriminalgericht Tiergarten, Turmstraße.

Vier Wochen Jugendarrest

In Dortmund überfielen vor gut einem Jahr Polizisten eine Rote-Hilfe-Kundgebung zum Mord an Holger Meins. Der Genosse Günter eilte den anderen zu Hilfe und wurde dabei festgenommen. In einem Bericht dazu heißt es: „Er wurde brutal auf der Wache zusammengeschlagen, so daß die Polizisten Angst bekamen und ihn ins Krankenhaus einlieferten, wo sie dem Arzt sagten, er hätte sich vom Stuhl fallen lassen. Der Genosse erstattete Anzeige gegen die Polizei, das Verfahren wurde eingestellt, weil man die Polizisten angeblich nicht ermitteln konnte. Jetzt wird der Spieß umgedreht. Genosse Günter bekommt eine Anzeige wegen Körperverletzung. Das zeigt deutlich, wie die Bourgeoisie wieder arbeitet, der Ankläger wird zum Angeklagten gemacht.“

Der Genosse wurde zu 4 Wochen Jugendarrest verurteilt, weil ihm die „sittliche und moralische Reife fehlt“. Ein Zuschauer berichtet: „Als sich die Zeugenaussagen widersprachen wurde der Richter zunehmend nervöser. Als bei der Vereidigung einige Genossen

Prozesskalender

10. 3., 9. Uhr, Amtsgericht **Recklinghausen**, Reitzensteinstr., gegen U. Grober als Presseverantwortlichen der KPD-ML.

17. 3., 8.30 Uhr, Jugendgericht **Bielefeld**, Gadderbaumer Str., Prozeß gegen Karl Ludwig G. wegen § 129 (kriminelle Vereinigung).

30. 3., 11 Uhr, Jugendgericht **Bielefeld**, Gadderbaumer Str., Zimmer 31, 2. Stock, Prozeß wegen des Hungerstreikes der Gefangenen der RAF

die Faust ballten schloß der Richter die Öffentlichkeit aus, da die Anwesenheit der Zuschauer „den Angeklagten negativ beeinflussen würde“. Wir verließen unter Protest den Saal mit dem Singen der Internationale und des Solidaritätsliedes. Sogleich gingen wir in die Innenstadt und machten dort mehrere Kurzkundgebungen über die Vorgänge im Gericht. Es wurden innerhalb von knapp einer Stunde 10 RH-Zeitungen verkauft und 5 Mark gespendet.“

Anklageschriften gegen die „ROTE HILFE“

Vor kurzem bekam der verantwortliche Redakteur unserer Zeitung, Dieter Kwoell, zwei Anklageschriften. Darin werden ihm Artikel in der Zeitung Nummer 1, 2, 3 und 6 vorgeworfen, in denen vom Polizeiberfall im Duisburger Arbeitsgericht berichtet wird. Bei diesem Überfall wurde der Genosse Günter Routhier erschlagen. Der Prozeß wird vor einem Schöffengericht in Dortmund stattfinden. Ein Termin steht noch nicht fest.

Gegen fristlose Kündigung

Am 3. Oktober hatte der DGB-Apparat aus Anlaß der Ermordung von 5 spanischen Antifaschisten und Revolutionären zu zwei ‚Gedenkminuten‘ aufgerufen. Zwei Kollegen einer kleinen Westberliner Firma fanden gemeinsam mit den 18 Kollegen ihrer Abteilung, daß dies eine Farce sei und gedachten auf revolutionäre Art der ermordeten spanischen Genossen. Sie verlasen den letzten Brief des ermordeten Baena Alonso und berichteten über die Unterdrückung der spanischen Werktätigen, wobei sie sich nicht an die 2 Minuten hielten. Dabei waren sie von 11 Kollegen ihrer Abteilung umringt, die übrigen hielten sich etwas abseits, hörten jedoch auch zu.

Daraus konstruierte die Betriebsleitung dann „Störung des Betriebsfriedens“ und entließ die beiden Kollegen fristlos. Wenig später wurde auch ein Betriebsrat entlassen, angeblich weil er Flugblätter gegen die Kündigung im Betrieb verteilt hatte. Der wirkliche Grund für die Entlassung war aber, daß die Betriebsleitung vorhat, Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Kollegen zu starten. Sie will z. B. den Stücklohn einführen. Um den Kampf dagegen von vornherein zu brechen, hat sie die drei Kollegen entlassen. Das Arbeitsgericht hat jetzt den Kapitalisten recht gegeben und die Entlassung bestätigt.

Spendet für die Prozeßkosten!

... SCHAFFT ROTE HILFE!

Haftverschonung für Henrich und Roth!

Seit langer Zeit leidet Herbert Henrich, Gefangener in Frankfurt—Preungesheim, unter krampfartigen Nieren- und Blasenschmerzen, die mit Blutungen verbunden sind. Bereits am 15.2.75 stellte ein Facharzt für Urologie eine chronische Prostatitis fest. Die Gefängnisleitung unternahm nichts, so daß noch zusätzlich eine Nierenbek-entzündung hinzutrat. Anfang dieses Jahres trat bei Herbert eine schwere Blutung und Koliken auf. Jede wirkliche Behandlung wurde ihm verweigert, im Gegenteil, der Gefängnisarzt bezeichnete Herbert als Simulanten, ohne ihn je untersucht zu haben.

Als Herbert die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte, wurde er unter dem „Schutz“ von vier bewaffneten Polizisten in einem Krankenhaus untersucht. Der untersuchende Arzt, Dr. Schwandner, kam zu dem Ergebnis, daß „sofort aus diagnostischen und therapeutischen Gründen die Haft ausgesetzt werden“ sollte. Doch nichts dergleichen geschah. Herbert Henrich wurde von Richter Bauer weiterhin als Simulant bezeichnet. **Als die Krankheit dann immer gefährlichere Ausmaße annahm, schaffte man ihn in das Gefängnis Krankenhaus Kassel-Wehleiden. Dort wurde er sofort total isoliert, damit nichts von der völlig unzureichenden und vernichtenden Behandlung nach außen dringt.** Lassen wir es nicht zu, daß Herbert Henrich von der Bourgeoisie vernichtet wird! Fordert mit der Roten Hilfe Deutschlands die sofortige Haftverschonung für Herbert Henrich!

Protestiert bei Richter Bauer gegen diese Vernichtungsmaßnahmen, ruft ihn an unter der Tel.Nr.: 0611/ 1367/ 8128

Schreibt Herbert Henrich ins Gefängnis Krankenhaus: 3500 Kassel-Wehleiden Haus E Zelle 58



Karl-Heinz Roth niedergeschossen.

Karl Heinz Roth schwebt in Lebensgefahr! Seit seiner Verhaftung am 9.5.75, bei der er durch einen Lungenschrägdurchschuß und einen Bauchdurchschuß schwer verletzt worden war, sitzt er in Köln in strenger Isolationshaft. Eine ausreichende medizinische Versorgung wird ihm immer noch verweigert. **Nur die Haftverschonung kann sein Leben noch retten und möglicherweise bleibende gesundheitliche Schäden verhindern.**

Unterstützt die Forderungen seiner Rechtsanwälte! Fordert die Haftverschonung beim Amtsgericht Köln Abteilung 205.5000 Köln I. Apellhofplatz 1



Heinz Baron, 4400 Münster, Gartenstr. 21. **JVA. Hubert Lehmann**, 8890 Aichach, Münchner Str. 33. **Bernd Reisser**, 8602 Ebrach, JVA. **Hans-Georg Schmidt**, 6110 Dieburg, Altstadt 25. **Alexander Haschemi**, 8000 München, JVA Stadelheim. **Gerd Jacobs**, 5308 Rheinbach, Aachener Str. 47. **Ulrich Luther**, 6308 Butzbach, Kleeberger Str. 23. **Peter Andrehs**, ebenfalls Butzbach. **Günther Dutsch**, ebenfalls Butzbach. **Ömer Özerturgut**, **Mustafa Tutgun**, **Hatica Yourtas**, **Baha Targün**, 5000 Köln, Rochusstr. JVA. **Horst Mahler**, 1000 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel. **Dieter Hildebrandt**, 7100 Heilbronn, SVA. **Jochen Notz**, 7407 Rottenburg, SVA. **Herbert Henrich**, z. Z. Gefängnis Krankenhaus, 3500 Kassel-Wehleiden, Haus E/Zelle 58. **Günter Gerlach**, 6000 Frankfurt, Obere Kreuzackerstr. 6-8, JVA I Frankfurt-Preungesheim. **Peter Felix Klebys**, ebenfalls Ffm.-Preungesheim. **R. Stobbe**, ebenfalls Ffm.-Preungesheim. **Peter Erlach**, ebenfalls Ffm.-Preungesheim.

Briefe aus dem Gefängnis

Liebe Genossen,
ich habe jetzt erstmals eine Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands erhalten: Nr. 1 Januar 1976.

Als Mitglied des Gefangenenrats Frankfurt wurde gegen mich am 10.12.75 Haftbefehl wegen § 129 (kriminelle Vereinigung — d. Red.) erlassen.

Es hat mich ganz besonders gefreut, daß Ihr Peter Andrehs in seinem Kampf gegen die Anstaltsdiktatur in der JVA-Butzbach unterstützt. Ich kenne Peter persönlich und habe, wie Ihr richtig geschrieben habt, Peter als einen Genossen kennengelernt, der so manche Hausstrafe auf sich genommen hat, um anderen Genossen zu helfen. ...

Im übrigen interessiert mich die Arbeit der Roten Hilfe Deutschlands sehr und ich würde mich freuen, wenn Ihr mehr von Euch hören laßt. ...

Rot ist schön Günter Gerlach
Gibt es Genossen, die mit mir in Briefkontakt treten würden?

Liebe Genossen, jetzt sitze ich beinahe zwei Monate im Gefängnis und kann feststellen, daß ich mich keineswegs „gebessert“ habe, sondern nach wie vor an dem Ziel, dem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, festhalte. (...)

Den größten Teil der mir zur Verfügung stehenden Zeit verwende ich auf die Übersetzung eines chinesischen Romans aus dem Englischen. Er ist sehr spannend, so daß die Übersetzung, auch wenn sie manchmal etwas mühsam ist, viel Spaß macht. In der dann noch verbleibenden Zeit studiere ich das Kapital und andere revolutionäre Schriften. (...)

Einen großen Beitrag, mir die Zeit hier zu erleichtern, bilden die Briefe, die ich bekomme. Bis heute sind es genau 175, die mir vor Augen halten, daß ich draußen nicht vergessen, sondern Teil des Lebens in der Partei und der RHD bin. (...)

In dem Roman, den ich übersetze, heißt es an einer Stelle: Ein Revolutio-

när vergießt sein Blut, aber keine Tränen.

In diesem Sinne sende ich Euch herzliche Grüße

Rot Front! Euer Genosse Heinz

Neu aufgelegt!
Broschüre der RHD
32 Seiten, Preis 1,— DM



BRIEFE

**VON
POLITISCHEN
GEFANGENEN**

Freiheit für die politischen Gefangenen!

DDR - ein faschistisches Volksgefängnis !

Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, vermintes Gelände, Wachtürme und Gefängnisse, die voll sind mit politischen Gefangenen — das ist das Gesicht der DDR. „Wahrzeichen“ eines sozialistischen Staates? Nein und nochmals nein. Das Regime, das mit diesen Mitteln seine Einwohner daran hindern muß, in den kapitalistischen Westen zu flüchten, hat mit Sozialismus nicht mehr das Geringste zu tun. Es hat die ehemals sozialistische DDR in ein kapitalistisches Land und ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt, perfekter als das Nazireich Hitlers. Hitler baute KZ's für Millionen. Honecker sperrt unser halbes Volk hinein.

Dieses Regime ist bei den Werktätigen der DDR zutiefst verhaßt. Es kann sich nur halten, weil es sich auf die Panzer und Bajonette der neuen Zaren im Kreml stützt, denen es die DDR zur Ausbeutung und als militärisches Aufmarschgebiet verschachtet hat.

Spitzel überall

Jeder, der Verwandte oder Freunde in der DDR besucht, kennt das beklemmende Gefühl, das peinliche Schweigen, wenn man eine zu unvorsichtige Frage gestellt hat: „Nicht hier — warte bis wir zu Hause sind“ — „nicht so laut, man könnte uns hören!“

Es ist bekannt, daß das Honecker-Regime Nachbarn und selbst Verwandte als Spitzel gegen „Verdächtige“ einsetzt.



Der fünfjährige Cetin Mert — Opfer des Honecker-Regimes.

Die einstigen Organe der Volksdemokratie und die demokratischen Organisationen der Werktätigen, die in den ersten Jahren der DDR den Aufbau des Sozialismus organisierten und schützten, sind mit der Entartung des Regimes zu einem Heer von Kontrolleuren und Spitzeln gegen das Volk geworden: Die „Volkspolizei“ (rund 100000 Mann), der Staatssicherheitsdienst, der „aktive Betriebsschutz“ (15000 Leute), 130000 „Freiwillige Polizeihelfer“, 150000 Angehörige der sogenannten „Arbeiter- und Bauerninspektion“, die der SED direkt untersteht und praktisch verlängerter Arm des Stasi ist, zahllose „Vertrauensleute“ der Mietergemeinschaft in den Wohnblocks, Nachfolger von Hitlers berühmtesten Blockwarts. Nicht zu sprechen von den Spitzeln des russischen Geheimdienstes KGB, der bei den Völkern der Welt ebenso berüchtigt ist wie der CIA, von den großen und kleinen Funktionären der SED, der FDJ, der Gewerkschaften usw. Ob man eine anständige Wohnung, ein Auto, einen Kuraufenthalt oder eine gute Ausbildung für seine Kinder braucht — immer ist Voraussetzung, daß man nach der Preife der SED tanzt.

Am härtesten verfolgt: die wirklichen Kommunisten

Nun gut, über diese Tatsachen berichtet auch die bürgerliche Presse oft genug. Allerdings behauptet sie, das alles sei eben der „Sozialismus“ (und bei uns ganz undenkbar). In dieses Bild paßt es natürlich nicht, daß in der DDR am härtesten gerade die wirklichen Kommunisten verfolgt werden, diejenigen, die den Verrat der SED bekämpfen mit dem Ziel, ihr faschistisches Regime zu stürzen und den wirklichen Sozialismus wiederzuerrichten. Die bürgerliche Presse verschweigt, daß unzählige aufrichtige Kommunisten hinter Mauern verschwand, in regelrechten KZ's für politische Häftlinge, wie es zum Beispiel in der Nähe von Leipzig eines gibt.

Zahllose Menschen sitzen in den Gefängnissen der DDR wegen „staatsgefährdender Hetze“, weil sie nur ein Wort gegen das Regime äußerten oder wegen „Antisowjetismus“, weil sie die Besetzung durch die russische Armee



Sowjetische Besatzer beim Einmarsch in die CSSR.

oder das Benehmen ihrer Offiziere kritisierten. So wurden kürzlich 2 Jahre Zuchthaus für ein Wort gegen die Besatzer, mit Bleistift an eine Hauswand geschrieben, verhängt. Sogar wegen „Putschversuch“ wurde ein Arbeiter zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in betrunkenem Zustand geäußert

hatte, daß man alle Polizisten und Parteifunktionäre aufhängen mußte.

Terror gegen politische Gefangene

Wie man aber in den Gefängnissen der DDR mit politischen Gefangenen umgeht, das hat bereits in der Dezember-Ausgabe der Rote-Hilfe-Zeitung ein Genosse berichtet, der es am eigenen Leibe erlebt hatte. Er war wegen staatsgefährdender Propaganda verurteilt worden, weil er sich geweigert hatte, die Mauer zu loben. Er wurde völlig isoliert. Nicht einmal die Wächter bekamen die Gefangenen zu sehen, weil sie sich beim Eintritt der Wächter mit dem Gesicht gegen die Wand stellen mußten. Nachts mußte er bei Licht schlafen, auf dem Rücken liegend, die Hände auf der Decke. Es wurde ständig reingegeuckt und kontrolliert. Wer nicht so lag, wurde hochgeseucht. „Hofgang“ war in einer anderen Zelle, kaum größer als die normalen, mit 5 m hohen Mauern, bloß ohne Decke. Die ständigen Verhöre fanden in einem dunklen Raum statt. Man wußte nicht, wie spät es war. Man wurde angestrahlt und gefragt wurde man praktisch nur von hinten. So versuchten sie — vergeblich — ihm ein „Geständnis“ abzupressen.

Auf die besondere Verfolgung von Marxisten-Leninisten und Antifaschisten sind auch neue Bestimmungen im Strafrecht und eine kürzlich erlassene „Gefährdetenverordnung“ zugeschnitten. Danach können „Gefährdete“ fast vollständig der staatlichen Kontrolle unterworfen werden — von der

Zwangszuweisung eines Arbeitsplatzes über die Einweisung in eine bestimmte Wohnung, regelmäßiger Meldepflicht bei Polizeiorganen bis hin zum Verbot mit bestimmten Personen oder in bestimmten Lokalen zu verkehren. Dagegen gibt es kein Beschwerderecht. Wer gar schon einmal wegen „Rowdytum“

verurteilt worden ist kann von der Polizei jederzeit auch nachts in seiner Wohnung überfallen und durchsucht werden. Gerade wegen „Rowdytum“ aber werden mit Vorliebe Marxisten-Leninisten verurteilt. So wurden z. B.

auch 16 Genossen der Gruppe Rote Fahne (KPD) aus Westdeutschland nahezu drei Wochen lang wegen „Rowdytum“ in Ostberlin festgehalten, weil sie dort gegen das sowjetische Besatzerregime demonstriert hatten.



Trotz Verfolgung: KPD/ML in der DDR gegründet!

Aber trotz allem reichen die Ohren der Spitzel nicht überall hin. Aller Terror konnte nicht verhindern, daß auch in der DDR der Widerstand wächst. Schon seit längerer Zeit sammelten sich marxistisch-leninistische Gruppen in der DDR und bereiteten die Gründung einer neuen, wirklich kommunistischen Partei vor. Um die Jahreswende war es so weit: Die SEKTION DDR DER KPD/ML wurde gegründet! In der Nummer 6 des ROTEN MORGEN wurde ihre Gründungserklärung veröffentlicht. Damit ist auch in der DDR die organisierte Kraft geschaffen worden, die die Werktätigen zur Vertreibung der sowjetischen Truppen und zur Wiedereinrichtung des Sozialismus führen wird. Gemeinsam mit den Genossen der KPD/ML in Westdeutschland und Westberlin kämpfen sie für die Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes, für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Im Programm der RHD heißt es: „Die Rote Hilfe Deutschlands unterstützt den schweren Kampf unserer Klassenbrüder in der ehemals sozialistischen DDR, die heute mit dem Deckmantel des Sozialismus unter faschistischer Knute gehalten werden, die man mit Mauer und Stacheldraht gelangt hält. Die RHD kämpft für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, in dem es keine politische Unterdrückung für die Volksmassen gibt — wo unsere heutigen Peiniger zur Rechenschaft gezogen, verjagt und niedergehalten werden.“

Rote Hilfe für unsere Klassenbrüder in der DDR!

Die Genossen in der DDR kämpfen in tiefster Illegalität. Die Rote Hilfe Deutschlands ruft auf: Unterstützt ihren schweren Kampf! Helft mit, daß der Terror des Honeker-Regimes und seiner Moskauer Befehlshaber gebrochen werden kann. Unterstützt die politisch Verfolgten in der DDR durch eure Spende! Die Rote Hilfe wird Häusersammlungen für diesen Zweck durchführen.

Wenn ihr regelmäßig den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR gegen die politische Unterdrückung durch Breschnew und Honeker unterstützen wollt — so werdet Mitglied in der RHD! Denn die RHD steht mit ihrem Spenden- und Beitragsaufkommen auch den Klassenbrüdern in der DDR zur Seite. 5000 DM wurden der Sektion DDR der KPD/ML bereits für diesen Zweck übergeben.

**NIEDERMIT DEM TERRORREGIME IN DER DDR!
SCHAFFT ROTEHILFE FÜR UNSERE
KLASSENBRÜDER DRÜBEN!**

Spendenkonto der RHD: Stadtparkasse Gelsenkirchen Nr. 122001729, Held

Aus der Verfassung eines wirklich sozialistischen Landes, der VR Albanien

Artikel 5

Die ganze Staatsmacht in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien entspringt aus dem werktätigen Volk und gehört ihm....

Artikel 7

Die vertretenden Organe und die übrigen Staatsorgane stützen sich in ihrer ganzen Arbeit auf die schöpferische Initiative der Werktätigen und der gesellschaftlichen Organisationen. Sie ziehen sie zum Regieren des Landes heran und legen vor dem Volk Rechenschaft ab.

Artikel 52

Die Bürger genießen die Freiheit der Rede, der Presse, der Organisierung, der Versammlung und von öffentlichen Umzügen. Der Staat garantiert die Verwirklichung dieser Freiheiten, schafft die Bedingungen für sie und stellt die notwendigen materiellen Mittel zur Verfügung.

Artikel 53

Die Bürger haben das Recht der Vereinigung in verschiedenen Organisationen, die auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem sowie jedem anderen Gebiet des Lebens des Landes wirken.

Artikel 54

Verboten ist die Bildung einer jeden Organisation von faschistischem, antidemokratischem, religiösem oder antisozialistischem Charakter. Verboten ist die faschistische, antidemokratische, religiöse, kriegshetzerische und antisozialistische Tätigkeit und Propaganda sowie das Anstacheln von Völker- und Rassenhaß.



Volksmiliz in Albanien: zur Verteidigung bereit.

Artikel 93

Niemand hat das Recht, im Namen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Kapitulation oder Besetzung des Landes zu unterzeichnen oder zu billigen. Jeder derartige Akt wird als Vaterlandsverrat bestraft.

Artikel 94

Auf dem Territorium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Stationierung ausländischer Militärstützpunkte und ausländischer Truppen unzulässig.

Aus der Arbeit der Roten Hilfe

Gegen die Abschiebung der türkischen Patrioten

Im Roten Morgen lasen wir das Interview mit einem der türkischen Genossen und wußten, daß der Prozeß kurz vor dem Ende stand. Nach dem Termin der Urteilsverkündung erkundigten wir uns über das Urteil. Sofort schrieben wir eine Wandzeitung für die Uni gegen die geplante Abschiebung.

Hier in Marburg kennen wir eine Reihe fortschrittlicher türkischer Kollegen gemeinsam mit ihnen verfaßten wir einen Aufruf zum Stammtisch, der in deutscher und türkischer Sprache erschien. Einen Tag nachdem wir das Urteil erfahren hatten, fand eine Uni-Vollversammlung statt. Hier berichteten wir über die Prozesse gegen die türkischen Genossen, über den Kampf der PEF und der Roten Hilfe. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS brachte auf der Studentenvollversammlung eine Protestresolution ein, die mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Am Montag, den 9. 2. fand der Stammtisch statt. Den Stammtisch hatten wir zusammen mit den türkischen Kollegen vorbereitet, sie übersetzten auch für die türkischen Kollegen die kein Deutsch verstanden. In der Rede wurde auf die Prozesse, die besondere Entrechtung ausländischer Kollegen hier in Deutschland und besonders auch auf den Kampf der PEF eingegangen. Die türkischen Kollegen hatten ein türkisches Musikinstrument mitgebracht und spielten revolutionäre türkische Musik. Die Anwesenden waren darüber sehr begeistert. Auf dem Stammtisch wurde nochmals eine Protesterklärung verabschiedet und 36 DM gesammelt für die türkischen Patrioten. OG Marburg

Information zur Zulassung im
Lehrerstudium N. Domes
zur Examensprüfung!



Solidaritätsspende

DM

Diesen Spendenbon druckten die Marburger Genossen mit einfachen Mitteln. Wegen seiner Teilnahme an einer Aktion gegen eine NPD-Wahlveranstaltung hat Genosse Domes einen Prozeß, den das Kultusministerium jetzt zum Anlaß für Prüfungsverbot nimmt. Die Marburger Genossen sammeln außerdem Unterschriften und verteilen vom KSB-ML gedruckte Protestpostkarten zum Absenden an das Ministerium.

Überall für die Solidarität werben

Liebe Genossen!

Auch wir wollen Euch einige Beispiele mitteilen, aus denen man sehen kann, wie wichtig die Kleinarbeit in der Rote-Hilfe-Arbeit ist und welche Erfolge wir auch in der Zukunft erringen können, wenn wir unsere Anstrengungen verbessern und dabei vor allem Vertrauen in die Bereitschaft der Werktätigen haben, uns zu unterstützen.

Die Mutter einer Genossin wollte umziehen. Da so etwas mit ziemlichen Kosten verbunden ist, entschlossen sich einige Genossen, den Umzug zu bewerkstelligen, ohne Umzugsunternehmen. Die Mutter der Genossin wollte ihnen dafür etwas Geld geben, das dann gespendet werden sollte. Als die Genossen mit der Arbeit fertig waren, erhielten sie 100 DM. Als die Genossen jedoch etwas später mit der Frau diskutierten und über die hohen Strafen, Prozeßkosten etc. berichteten, die aufgebracht werden müssen, war sie sehr beeindruckt und wollte noch mehr Geld geben. So kamen schließlich 155 DM zusammen.

Und was auch sehr wichtig ist: Durch die Hilfsbereitschaft und Zuverlässigkeit der Genossen hat sich die Einstellung dieser Frau gegenüber Revolutionären geändert. Einer ihrer Sätze war jedenfalls: „In vielem habt Ihr doch nicht so unrecht...“

Ein Roter Helfer lernte einen Lübecker Künstler kennen und diskutierte mit ihm auch über die Rote Hilfe. Daraufhin und um auch selber die Arbeit der RHD zu unterstützen, fertigte dieser zwei Radierungen an (Motiv

Lenin) und stellte sie der RHD zur Verfügung. Auf einer Veranstaltung kamen so durch eine Versteigerung über 90 DM zusammen.

Als einige Genossen vor einiger Zeit Hausbesuche machten, um für einen Prozeß zu sammeln, lernten sie auch eine Frau kennen, die zu Anfang recht ablehnend und uninteressiert war. Als die Genossen nachhaken, fing sie schnell an über ihre eigenen Sorgen zu berichten und war ganz erstaunt, daß nicht nur RAF-Genossen vor Gericht stehen, sondern auch Leute, mit denen man arbeitet, Tür an Tür wohnt oder die, wie in diesem Fall, am Wochenende bei einem klingeln. Die Zeitung oder etwas anderes wollte sie nicht kaufen. Trotzdem wollte sie aber ihre praktische Solidarität mit den politischen Verfolgten üben und spendete eine Mark.

Überall, wo wir sind, müssen wir unermüdlich die Groschen und Markstücke einsammeln und zusammentragen. An uns wird es liegen, wie weit wir unsere Aufgaben erfüllen werden, die Bereitschaft der Kollegen, uns zu unterstützen und mitzuhelfen, ist da.

Rotfront! Ortsgruppe Lübeck

Für die Einheit der Roten Hilfe

Hunderte von Prozessen, das neue 14. Strafrechtsänderungsgesetz, Ausrüstung von Polizei und Grenzschutz, Legalisierung des Todesschusses, all das zeigt: „**Es gibt keinen Zweifel, die Bourgeoisie rüstet sich für kommende größere Klassenschlachten, und sie wird, wenn sie ihre Herrschaft nicht mehr anders aufrechterhalten kann, nicht zögern, eine faschistische Diktatur zu errichten.**“

Dies war die richtige Einschätzung der heutigen Lage, die die RHD und die Rote Hilfe e. V. in ihrem gemeinsamen Aufruf zur Weihnachtshilfe vertreten haben. Die RH e. V. aber sieht nun plötzlich die Möglichkeit einer zweiten, und zwar fortschrittlichen Tendenz im Lager unserer Klassenfeinde. In ihrer Zeitung vom Januar schreiben sie: „*Auf der anderen Seite wächst die Solidarität, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen von Ländern der 2. Welt (gemeint ist z. B. Westdeutschland, d. Red.) aber auch Vertreter bürgerlicher Regierungen dieser Länder den vom Staatsapparat und der Klassenjustiz verfolgten Kommunisten, Demokraten und antihegemo-*

nistischen Kämpfern entgegenbringen.“ (Unterstreichung von uns, d. Red.)

Die RH e. V. hält es für möglich, daß die westdeutschen Imperialisten eines Tages Solidarität mit Kommunisten und Antiimperialisten üben werden, anstatt sie wie wild zu verfolgen. Wer solche Illusionen über unsere Unterdrücker schürt, der schadet dem Kampf der Roten Hilfe.

Auch innerhalb der RH e. V. ist eine solche Politik umstritten. Anstatt nun diese Frage offen und ohne Scheu vor einer Selbstkritik zu diskutieren, um die Einheit auf richtiger Grundlage herzustellen, werden wie kürzlich in Dortmund Genossen ausgeschlossen, wenn sie Positionen und Programm der RHD für richtig halten. Ein solches Vorgehen schadet dem Kampf um die Einheit der Roten Hilfe. Wir rufen alle Roten Helfer auf, nicht nachzulassen, im Kampf gegen die politische Unterdrückung. Die RHD lehnt alle Versuche ab, unsere Todfeinde zu beschönigen. Unsere Lösung heißt:

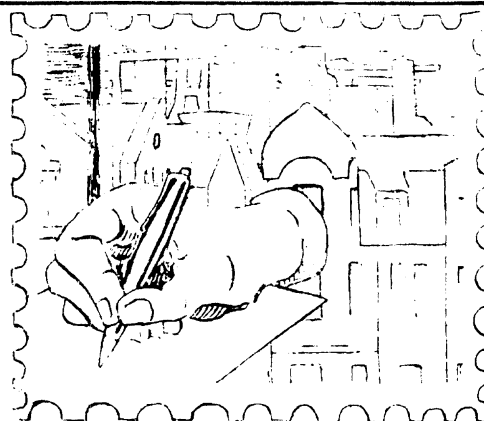
**SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!
TOD DEM FASCHISMUS!**

Weg mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz!



Dieser hervorragenden Zeichnung lag folgender Brief bei:

„Liebe Genossen von der Roten Hilfe Deutschlands!
Ich arbeite als technische Zeichnerin in K. Ich habe die Gründung der RHD sehr begrüßt und bin erstaunt über Eure klassenkämpferische Arbeit. Ich bin noch nicht organisiert, lese aber die Rote-Hilfe-Zeitung regelmäßig. Über Inhalt und Form bin ich begeistert und muß sagen, daß sie bei vielen Bekannten und Verwandten mit Interesse gelesen wird. Das liegt nicht zuletzt daran, daß sie die politisch Unterdrückten unterstützt, diesen Staat bekämpft, um den Sozialismus zu erkämpfen. Mein Gedanke ist, Euch einen kleinen Beitrag dazu zu leisten. Ich habe diese Karrikatur angefertigt... Sie soll auch ein Beitrag dazu sein, den § 130 a (jetzt: 88 a — d. Red.) zu bekämpfen, den ich zutiefst verabscheue!“



Ich bin zur Zeit Lehrling in einer Münchner Druckerei. Mit Berufsausbildungsbeihilfe und Lehrlings„gehalt“ verdiene ich im Monat 550 DM.

Weil ich während der Kampagne für die Einbürgerung Sascha Haschemis (1974) Flugblätter verteilt haben soll, bin ich 2 mal verurteilt worden. Ich muß jetzt 1900 DM zahlen. Zusätzlich habe ich einen Strafbefehl erhalten (da habe ich natürlich Widerspruch eingelegt) wegen eines Flugblattes zum Polizeimord an Günter Routhier: 2000 DM

Ganz eindeutig, die wollen mich fertig machen, indem sie mir diese Strafen aufhalsen.

Aber da haben sich die ganz schön getäuscht. So hat mich jetzt z. B. die RHD finanziell unterstützt. Das hat mich ehrlich gesagt wahnsinnig gefreut. Denn das zeigt doch, daß bei uns keiner im Stich gelassen wird, daß die Solidarität es schafft, daß man weiterkämpfen kann. Da sieht man auch, wie wichtig die Spendensammlungen der RHD sind, und daß schon mit jeder Mark etwas gedient ist. Ich werde deshalb jetzt besonders bei meinen Freunden und Bekannten für die Spendenkampagne der RHD werben.

Ein Genosse aus München

Spenden

Spenden mit Verwendungszweck:

Für die FRAP

OG Westberlin 83,14 DM und 48 DM, OG Reutlingen 220 DM, OG Hannover 68 DM, Thälmann-Buchladen Kiel 35 DM, OG Marburg 39,25 DM, OG Frankfurt 60 DM, **Für die Weihnachtshilfe:** OG Westberlin 1193,75 DM und 37,78 DM, Rote Hilfe e. V. NRW 98,90 DM, OG Freiburg 159,80 DM, I. H. Neumünster 26 DM, OG Recklinghausen 409 DM, OG Bochum 306 DM und 103 DM, OG Dortmund 195,21 DM, Demonstration 13. Strafrechtsänd.ges. 185 DM, OG Reutlingen 16,62 DM, OG Hamburg 531,64 DM, Arbeiterkomitee Klöckner Bremen 87 DM, OG Bremen 50 DM, OG Kiel 321,90 DM, OG Marburg 4,08 DM, OG Kassel 55 DM, OG Ostwestfalen 156,38 DM, OG Duisburg 115 DM,

Für den Prozeßfond: aus den OG's Recklinghausen, Dortmund, Bochum, Bremen, Mannheim, Marburg, Kassel 370,80 DM

Für H. Brenner: OG Duisburg 118,81 DM

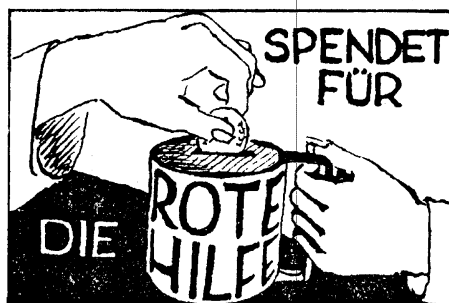
Für Routhier-Prozesse: aus den OG's Dortmund, Bochum, Bremen, Mannheim,

Duisburg 152,05 DM

Für die türkischen Genossen: OG Dortmund 5 DM

Für die Kämpfer des Roten Antikriegstags: aus den OG's Bochum, Bremen, Mannheim 14 DM

Zusammen 5266,11 DM



SPENDENKONTO DER RHD:

Stadtparkasse Gelsenkirchen

Kto. Nr. 122 001 729, Held

Spenden ohne besonderen Verwendungszweck: Sympathisanten Kitzingen 200 DM, RHD-Büro Westberlin 38,10 DM, K. H. Marburg 50 DM, OG Kiel 100 DM und 368,10 DM, OG Buxtehude 109,87 DM, Spende eines Wirtes, Mannheim 66,79 DM,

OG Westberlin 129 DM, Silvesterfeier Kiel 157 DM, B. K. Albertshofen 250 DM, G. J. Bremen 18,35 DM, OG Recklinghausen 263,21 DM, OG Münster 100 DM und 40,08 DM und 10,90 DM, OG Dortmund 429,30 DM, OG Stuttgart 99,81 und 104,37 DM, OG Bochum 104,50 DM, OG Bremen 30,60 DM und 400 DM und 111,78 DM, OG Hamburg 18,36 DM, OG Hannover 57 DM, OG Mainz 87,90 DM, OG Mannheim 25,60 DM, OG Marburg 8,30 DM, OG Darmstadt 10 DM, OG Kassel 21,50 DM, OG Gelsenkirchen 296,05 DM, OG Duisburg 71,30 DM, Sympathisanten Elmscherhagen 94 DM.

Zusammen: 3871,77 DM

Summe: 9137,88 DM

Resolutionen

Protestresolution gegen die geplante Abschiebung der türkischen Patrioten von der Vollversammlung Marburger Studenten (vorgeschlagen von der RHD) und vom Stamtisch der RHD in Marburg.

Protestresolution des Samstagplenums des Vereins Jugendzentrum e. V. gegen die Todesurteile im Iran.

Rettet die türkischen Patrioten vor Folter und Mord

„Um 9 Uhr morgens führte mich ein Major in einen Raum, der für Folterungen und Verhöre bestimmt war. Nacheinander allgemeinen Fragen riefen sie 2 Soldaten und befahlen ihnen, mich auf den Boden zu werfen. Die Soldaten warfen mich nieder und schlugen mich mit den Schlagstöcken und fesselten meine Füße. Ein anderer Offizier brachte ein Kabel, daß am kleinen Finger meiner Hand und am kleinen Zeh befestigt wurde. Er schüttete Wasser auf das Kabel und begann dann weiter auf mich einzuschlagen. Meine Fußsohlen, meine Hüften und meine Füße wurden schrecklich geschlagen. In der gleichen Zeit, als der Major mich prügelte, wurden durch das Kabelelektrische Stromstöße in immer heftiger werdenden Intervallen in meinen Körper gejagt. Die Operation dauerte bis zum Morgen.“ (Aus einem Folterbericht eines türkischen Patrioten).

Folter und Mord, das ist es, was die türkischen Patrioten erwartet, wenn es der Bourgeoisie gelingt, die Genossen an das faschistische Regime in der Türkei auszuliefern. Und die Bourgeoisie weiß dies sehr genau, sie weiß, daß z. B. Ömer Özerturgut in der Türkei bereits steckbrieflich gesucht wird, „tot oder lebendig“, daß über den Rundfunk unter Androhung von Waffengewalt nach ihm gefahndet wird, weil er den türkischen Faschisten als Revolutionär bekannt ist. Doch im Kampf gegen Revolutionäre ist ihr jedes Mittel Recht. Das hat schon der Prozeß gegen die Genossen gezeigt.

Nahezu zwei Jahre wurden sie in Köln in strenger Isolationshaft gehalten, 4 Monate lang führte der berühmte Richter Somoskoey unter schärfsten „Sicherheitsvorkehrungen“ den Prozeß gegen sie, versuchte sie mit brutalem Terror einzuschüchtern. Als sie dennoch vor Gericht immer wieder die Wahrheit aufzeigten, da wurden sie sogar kurzerhand vom Prozeß ausgeschlossen.

Ende Januar nun wurden die drei Patrioten zusammen mit einem weiteren Genossen zu Gefängnisstrafen zwischen 1 1/2 und 2 Jahren verurteilt, wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Sie



Türkei: Terror gegen das Volk.

sollen Mitglieder der Patriotischen Einheitsfront der Türkei (PEF) sein, deren „Verbrechen“ darin besteht, für den Sturz des faschistischen Regimes und den Aufbau einer unabhängigen und demokratischen Türkei zu kämpfen.

Als „Beweis“ für diese Anschuldigungen genügte dem Gericht, daß die Genossen die Werke von Mao Tsetung übersetzt hatten und — nicht verbotene — Bücher über den Partisanenkrieg besaßen. Doch nicht genug mit diesem Gesinnungsurteil. Aufgrund der langen Untersuchungshaft haben die Genossen die Strafe praktisch verbüßt, sie werden dennoch nicht freigelassen. Obwohl sie — z. T. schon vor

1 1/2 Jahren — Anträge auf politisches Asyl gestellt hatten, werden sie in Abschiebehaft genommen. Die Bourgeoisie plant wieder einmal Schreiberischmord.

Solidarität verhindert Folter und Mord

Schon einmal versuchte die Bourgeoisie einen deutschen Kommunisten, Sascha Haschemi, in den Iran abzuschicken. Auch ihn hätte dort Folter und Mord erwartet. Doch der Kampf vieler fortschrittlicher Menschen, der von der KPD/ML und der RHD organisiert wurde, konnte das verhindern.

Auch diesmal gilt es die drei türkischen Patrioten vor den Folterkammern der Faschisten zu retten und die Zeit drängt sehr, denn in den nächsten Wochen wird der Innenminister über die Abschiebung entscheiden. Die Rote Hilfe fordert daher jeden Genossen, jeden fortschrittlichen Menschen auf:

Protestiert gegen die Abschiebung beim Bundesinnenministerium in Bonn!

Fordert die Bewilligung des politischen Asyls beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Tel.: 0911 / 690 50 690 51, 22 61 27, 22 37 00 — Buchstaben Ö, T, Y.

Protestiert gegen die Abschiebungshaft bei der JVA dinstaken, Tel.: 0203 / 826 86; beim zuständigen Haftrichter Dr. Straetmann, Amtsgericht Köln, Abt. 207, Appellhofplatz, 5000 Köln.

Die Behörden dürfen keine ruhige Minute haben bevor nicht feststeht, daß die Genossen in der Bundesrepublik bleiben können! Schreibt auch den Genossen ins Gefängnis und besucht sie, spendet für ihre Prozeßkosten, damit sie sehen, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen!

Rote Hilfe

Abonnementpreis
für 1 Jahr: 6,— DM

Ich bestelle: Probenummer Abonnement ab Nr.
Ich möchte:
• Informationsmaterial
• besucht werden
• Mitglied der RHD werden

Name, Vorname
Beruf
Straße
PLZ/Ort
Datum
Unterschrift

Bestellungen an: RHD, Dorstfelder Hellweg 22, 46 Dortmund.

Bezahlung auf das Konto:

Stadtparkasse Gelsenkirchen Nr. 122 001 729, Held.

Bestellt das Programm und Statuaf
der Roten Hilfe Deutschlands (Preis 0,50 DM)!

Herausgeber: Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands
Selbstverlag. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Kwoll. Redaktion und
Vertrieb: Büro der RHD, 46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22.
Druck: Alpha-Druck GmbH, Dortmund.

KONTAKTADRESSEN

Bremen: Kontakt über Albanienzentrum, Waller Heerstr. 70, Do. und Fr. 16-19 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

Bochum: Stammtisch jeden 2. Sonntag im Monat, 11 Uhr, Bochum-Langendreer, Gaststätte „Koke“, Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, in der „Kogge“, Bahnhofstraße.

Dortmund: Büro Dorstfelder Hellweg 22, Mi 16-18 Sa 11-13 Uhr.

Gießen: Stammtisch jeden 2. Freitag, 19.30 Uhr, „Stein's Eck“, Steinstr.

Kassel: Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat, 18.30 Uhr, im „Weingarten“ am Ständeplatz Im März ausnahmsweise am 12. 3.

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi und Fr 16-18 Uhr.

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag, 19 Uhr, im Alten Stecknitzfahrrad Amtshaus, Hartengrube

Mannheim/Ludwigshafen: Gaststätte „Rheintal“, Friedrich-Profit-Straße.

Marburg: Stammtisch jeden 2. Montag, 20 Uhr, Lahnbrücke.

München: Stammtisch jeden Do 19 Uhr, Gaststätte „Keferloher“, Ecke Schleißheimer Str./Frankfurter Ring.

Münster: Stammtisch jeden Dienstag, 19 Uhr, Gaststätte „Augustenburg“, Ecke Augustastr./Friedrich-Ebert-Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, „Haus Fuchs“, Hochlarmarkstraße.

Tübingen: Stammtisch jeden 2. Dienstag, 19 Uhr, „Herzog Ulrich“, Ulrichstraße 11.

Westberlin: Büro: Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedsstraße. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 4615398.

Kontakt/Veranstaltung: